



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

**Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages,  
Herrn Thomas Rother, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:

Landesrechnungshof  
Schleswig-Holstein  
Hopfenstraße 30  
24103 Kiel

Kiel, 21. Mai 2013

**Vereinbarung über die Einrichtung einer Zentralstelle beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für die Überwachung des Internethandels mit Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen zur Information des Finanzausschusses die Vorlage des Ministeriums für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume i.S. Unterzeichnung der Vereinbarung über die Einrichtung einer Zentralstelle beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für die Überwachung des Internethandels mit Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Thomas Losse-Müller

Anlage

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt  
und ländliche Räume | Postfach 71 51 | 24171 Kiel

**Der Staatssekretär**

An den  
Vorsitzenden des Finanzausschusses des  
Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Abg. Thomas Rother  
Landeshaus  
24 105 Kiel

Ihr Zeichen: /  
Ihre Nachricht vom: /  
Mein Zeichen: /  
Meine Nachricht vom: /

Telefon: 0431 988-7210  
Telefax: 0431 988-7369

über

VI 225, Herrn Zobel  
Spiegelreferat im  
Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein  
Düsternbrooker Weg 64  
24 105 Kiel

14. Mai 2013

**Vereinbarung über die Einrichtung einer Zentralstelle beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) für die Überwachung des Internethandels mit Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend informiere ich Sie über die Ländervereinbarung zur Einrichtung einer Zentralstelle zur Überwachung des Internethandels mit Lebensmitteln, Futtermitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika und Tabakerzeugnissen.

Mit einem seit Anfang 2011 durchgeführten Pilotprojekt wird eine zentrale Überwachung des Internethandels für Erzeugnisse, die unter das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch fallen, ermöglicht, um dem wachsenden Markt des Internethandels mit entsprechenden Strukturen gerecht werden zu können. Nach positiver Auswertung wurde beschlossen, die zu diesem Zweck erprobungsweise geschaffene Zentralstelle beim BVL auf Dauer einzurichten.

Die Kosten der Zentralstelle sollen nach dem Königssteiner Schlüssel auf die Länder umgelegt werden. Laut Verwaltungsvereinbarung liegen die geschätzten jährlichen Gesamtkosten der Zentralstelle bei 498.623 €. Die Abrechnung erfolgt entsprechend der tatsächlichen Kosten (Personal) bzw. pauschal (Sachkosten). Auf Schleswig-Holstein entfielen somit ein jährlicher Kostenanteil von ca. 20.000 €.

Ich beabsichtige, die Vereinbarung am Rande der 9. VSMK (15. - 17. Mai 2013) zu unterzeichnen.

Mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Kämpfer

Dr. Ulf Kämpfer  
*Staatssekretär*

## Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung

zwischen **der Bundesrepublik Deutschland**  
vertreten durch:

Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)  
Wilhelmstraße 54  
10117 Berlin

– nachfolgend BMELV genannt –

und

dem Land **Baden-Württemberg**  
vertreten durch:  
Ministerium für Ländlichen Raum  
und Verbraucherschutz  
Kernerplatz 10  
70182 Stuttgart

dem Freistaat **Bayern**  
vertreten durch:  
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit  
Rosenkavalierplatz 2  
81925 München

dem Land **Berlin**  
vertreten durch:  
Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz  
Salzburger Straße 21-25  
10825 Berlin  
sowie vertreten durch:  
Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales  
Oranienstraße 106  
10969 Berlin

dem Land **Brandenburg**  
vertreten durch:  
Ministerium für Umwelt, Gesundheit  
und Verbraucherschutz  
Heinrich-Mann-Allee 103  
14473 Potsdam

der Freien Hansestadt **Bremen**  
vertreten durch:  
Senator für Gesundheit  
Bahnhofsplatz 29  
28195 Bremen

der Freien und Hansestadt **Hamburg**  
vertreten durch:  
Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Billstraße 80  
20539 Hamburg

dem Land **Hessen**

vertreten durch:

Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Mainzer Straße 80  
65189 Wiesbaden

dem Land **Mecklenburg-Vorpommern**

vertreten durch:

Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz  
Paulshöher Weg 1  
19061 Schwerin

dem Land **Niedersachsen**

vertreten durch:

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Calenberger Straße 2  
30169 Hannover

dem Land **Nordrhein-Westfalen**

vertreten durch:

Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz  
Schwannstraße 3  
40476 Düsseldorf

dem Land **Rheinland-Pfalz**

vertreten durch:

Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz  
Ernst-Ludwig-Straße 3  
55116 Mainz

dem Land **Saarland**

vertreten durch:

Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz  
Keplerstraße 18  
66117 Saarbrücken

dem Freistaat **Sachsen**

vertreten durch:

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz  
Albertstraße 10  
01097 Dresden

dem Land **Sachsen-Anhalt**

vertreten durch:

Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt  
Leipziger Str. 58  
39112 Magdeburg  
sowie vertreten durch:  
Ministerium für Arbeit und Soziales  
Turmschanzenstr. 25  
39114 Magdeburg

dem Land **Schleswig-Holstein**

vertreten durch:

Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
des Landes Schleswig-Holstein

Mercatorstraße 3

24106 Kiel

dem Freistaat **Thüringen**

vertreten durch:

Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit

Werner-Seelenbinder-Straße 6

99096 Erfurt

sowie vertreten durch:

Thüringer Ministerium für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz

Beethovenstraße 3

99096 Erfurt

**zur Regelung des Betriebes einer gemeinsamen Projektzentralstelle „Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse“.**

### **Präambel**

Der Onlinehandel mit Erzeugnissen nach dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch (LFGB) und mit Tabakerzeugnissen stellt die amtliche Kontrolle vor neue Herausforderungen. Um die amtliche Überwachung in diesen Handelssegmenten effizient durchzuführen, sind neue Konzepte gefragt, sowie spezielle technische Einrichtungen und besondere technische Expertisen, die über die Kontrollverfahren des konventionellen Handels hinausgehen.

Die Einrichtung neuer Kontrollinstrumente auf Ebene der zuständigen Lebensmittel-, Futtermittel und Veterinärbehörden wäre keine angemessene Dimensionierung, da das Internet Länder- oder nationale Grenzen nicht respektiert und Produkte deutschland-, EU- oder weltweit angeboten werden können. In einer zentralen Recherchestelle kann ein Grad an Spezialisierung erreicht werden, der den Herausforderungen des Internethandels angemessen begegnet.

Zwischen den Partnern dieser Vereinbarung besteht deshalb Einigkeit darüber, dass vorbereitende Tätigkeiten für die Kontrolle des Handels von Erzeugnissen des LFGB und Tabakerzeugnissen über das Internet, wie sie derzeit für Lebensmittel im LAV-ALB-Pilotprojekt „Überprüfung des Internethandels mit Lebensmitteln“ durchgeführt werden, zweckmäßigerweise an einer zentralen Stelle erfolgen sollten.

Die LAV-Arbeitsgruppe „Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Wein und Kosmetika“ (LAV-ALB) hat in ihrer 22. Sitzung vom 27.-28. September 2012 den Zwischenbericht zum

Pilotprojekt „Überprüfung des Internethandels mit Lebensmitteln“ angenommen. Dieser sieht vor, eine dauerhafte Zentralstelle der Länder für vorbereitende Tätigkeiten zur „Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse“ beim BVL einzurichten.

Die Länderarbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz (LAV) hat den Entwurf der Verwaltungsvereinbarung zur Regelung des Betriebes einer gemeinsamen Projektzentralstelle anlässlich ihrer 21. Sitzung am 25. und 26. Februar 2013 in Wiesbaden gebilligt.

## **§ 1**

### **Gegenstand**

- (1) Gegenstand dieser Vereinbarung ist der Aufbau und der Betrieb einer Projektzentralstelle der Länder beim BVL zur „Kontrolle der im Internet gehandelten Erzeugnisse des LFGB und Tabakerzeugnisse“.

## **§ 2**

### **Projektzentralstelle**

- (1) Die Projektzentralstelle zur Überwachung des Internethandels wird beim BVL eingerichtet.
- (2) Die Leitung der Projektzentralstelle ist mit einem/r Referenten/in zu besetzen. Der/die Referent/in ist staatlich geprüfte/r Lebensmittelchemiker/in oder Tierarzt/Tierärztin oder besitzt eine vergleichbare Qualifikation.
- (3) Die Projektzentralstelle ist neben der/m Leiter/in mit 3 weiteren Referent/inn/enstellen, einer Sachbearbeiter/innenstelle sowie einer Bürosachbearbeiter/innenstelle zu besetzen. Die Referent/inn/en sind staatlich geprüfte Lebensmittelchemiker/innen, Tierärzte/Tierärztinnen oder besitzen eine vergleichbare Qualifikation. Der/die Sachbearbeiter/in besitzt eine Ausbildung als Dipl. Verwaltungswirt oder eine vergleichbare Qualifikation und sollte möglichst umfangreiche Kenntnisse der Nutzung und der Funktionsweise des Internets besitzen. Eine der in Satz 2 oder 3 genannten Personen sollte über die fachlichen Anforderungen an die in der Futtermittelüberwachung tätigen Kontrolleure verfügen oder eine vergleichbare

Qualifikation besitzen. Der/die Bürosachbearbeiter/in besitzt eine abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte/r oder eine vergleichbare Qualifikation. Die Personalauswahl für die Projektzentralstelle trifft das BVL im Benehmen mit dem LAV-Vorsitz. Das Personal der Projektzentralstelle untersteht dem BVL.

- (4) Die Tätigkeit der Projektzentralstelle erfährt Unterstützung durch die Fachreferate und zentralen Dienste des BVL. Die Kosten werden als Zuschlagsatz von 30% der durchschnittlichen Bezüge kalkuliert und sind in den Gesamtkosten nach Abs. 5 enthalten.
- (5) Die Länder als für die Überwachung zuständige Stellen tragen die tatsächlich anfallenden Personal- und Personalgemeinkosten für das Personal der Projektzentralstelle<sup>1</sup>, Sachkostenpauschalen für die Arbeitsplätze<sup>2</sup> sowie weitere Kosten für die Soft- und Hardwareausstattung. Nach derzeitiger Schätzung belaufen sich die Kosten auf:

1 Leitung (E 14)	89.852 €
1 Referent/in (stellvertretende/r Leiter/in, E 14)	89.852 €
2 Referenten (E 13, je 72.088 €)	144.176 €
1 Sachbearbeiter/in (E 10)	68.044 €
1 Bürosachbearbeiter/in (E 6)	51.759 €
6 x Sachkostenpauschale (je 7.490 €) für je einen Arbeitsplatz	44.940 €
Kosten für zusätzliche Hard- (Recherche PC) und Software (pauschal)	10.000 €
<hr/>	
Insgesamte ungefähre Kosten	498.623 €

Die Kosten werden nach dem Königsteiner Schlüssel zwischen den Ländern aufgeteilt. Das BVL stellt den Ländern hierfür die tatsächlich entstandenen Personalkosten in Rechnung. Die Sachkosten werden mit den Pauschalsätzen abgerechnet. Die Auferlegung von Kosten für Hard- und Software, die über die o.g. Pauschale hinausgehen, bedarf der vorherigen Zustimmung der Länder. Das BVL stellt den Ländern die Kosten jahresweise jeweils nach Ablauf des Kalenderjahres in Rechnung. Ab 2014 zahlen die Länder jeweils bis 30. Juni einen Betrag von 50 % der voraussichtlichen, vom BVL mitzuteilenden Kosten für das laufende Jahr. Kosten für

<sup>1</sup> Kosten gemäß Schreiben des BMF an die Obersten Bundesbehörden vom 2. Juli 2012 (Gz.: II A 3 - H 1012-10/07/0001 :006, Anlage 1, Tabelle 2c, Spalte 11)

<sup>2</sup> Kosten gemäß o.g. Schreiben des BMF, Anlage 2, laufende Sachkosten einschließlich sonstiger jährlicher Investitionskosten



Dienstreisen des Personals der Projektzentralstelle sind in der Sachkostenpauschale enthalten. Die Kosten für die räumliche Unterbringung und die Kapitalkosten für die Büroausstattung der Projektzentralstelle werden nicht erhoben.

- (6) Kosten für Interneteinkäufe im Rahmen der Probenbeschaffung im Auftrag der zuständigen Behörden der Länder, stellt das BVL den Behörden, die die Interneteinkäufe in Auftrag gegeben haben, in Rechnung.

### **§ 3**

#### **Aufgaben der Projektzentralstelle**

- (1) Das BVL wird von den Ländern beauftragt, die Aufgaben nach Absatz 2 für sie wahrzunehmen. Das BVL handelt dabei nach außen in eigenem Namen.
- (2) Die Projektzentralstelle nimmt im Rahmen der Überwachung des Internethandels folgende Aufgaben wahr:
  - a) Übermittlung von Daten über den Internethandel gemäß § 38 a Abs. 1 Satz 3 LFGB,
  - b) Durchführung von Recherchen nach Erzeugnissen und Anbietern von Erzeugnissen im Sinne des LFGB und von Tabakerzeugnissen im Sinne des vorläufigen Tabakgesetzes
  - c) Weiterleitung der Rechercheergebnisse an die Länder,
  - d) Überprüfung des Internets auf Erzeugnisse, die Gegenstand von RASFF-Meldungen sind, sowie von RAPEX-Meldungen, soweit es sich um Erzeugnisse des LFGB oder des VTabakG handelt,
  - e) Probenbeschaffung im Auftrag der zuständigen Behörden der Länder,
  - f) Kontakt zu Recherche führenden Behörden im Inland sowie in EU-Mitgliedstaaten und Drittländern,
  - g) Erstellung von Jahresberichten über die Arbeit der Projektzentralstelle,
  - h) Beratung der zuständigen Behörden (inkl. Fortbildungsveranstaltungen),
  - i) Weiterentwicklung der Suchstrategien und des Konzepts zur Überwachung des Internethandels.
- (3) Entscheidungen grundlegender Natur, die z. B. die Ausstattung oder die Erweiterung bzw. Einschränkung des Aufgabenspektrums der Projektzentralstelle betreffen, sind zwischen den Ländern und dem BVL abzustimmen. Zu ihrer Wirksamkeit bedürfen Sie jeweils einer Änderung bzw. Anpassung dieser Verwaltungsvereinbarung.

## **§ 4**

### **Zusammenarbeit mit den Ländern**

- (1) Die Projektzentralstelle ist betreffend ihre Aufgaben nach § 3 den Ländern rechenschaftspflichtig. Sie stimmt ihre Arbeiten ab und berichtet den Ländern jährlich über die geleisteten Arbeiten und die geplanten Aktivitäten. Bei Bedarf kann ein Land oder die Projektzentralstelle zu einer Sitzung einberufen.
- (2) Die Länder benennen gegenüber der Projektzentralstelle jeweils eine Kontaktstelle für die fachliche Zusammenarbeit.

## **§ 5**

### **Erarbeitung und Durchführung eines Jahresplans**

- (1) Die Länder und die Projektzentralstelle erarbeiten zusammen bis zum 30. November eines jeden Jahres einen für das jeweils nächste Kalenderjahr gültigen Jahresplan für die Schwerpunkte der Arbeit der Projektzentralstelle.
- (2) Der Jahresplan enthält eine Liste mit Kategorien von Erzeugnissen zu denen im darauffolgenden Jahr Recherchen nach § 3 Absatz 2 Buchstabe b durchgeführt werden sollen sowie Vorschläge zur Probenbeschaffung nach § 3 Absatz 2 Buchstabe e. Die Kapazität zur Bearbeitung von ad hoc Anfragen und aktueller Entwicklungen wird bei der Erstellung des Jahresplans berücksichtigt.
- (3) Die Erstellung des Jahresplans soll unter Nutzung des Verfahrens und der Expertengruppe für die Erstellung des bundesweiten Überwachungsplans sowie unter Einbeziehung der Futtermittelüberwachung erfolgen.

## **§ 6**

### **Laufzeit**

- (1) Diese Vereinbarung tritt zum 1. des Folgemonats nach Unterzeichnung durch alle Parteien in Kraft. Für die Unterzeichnung genügt es, wenn jede Partei eine Ausfertigung der Vereinbarung, die mit den Ausfertigungen der anderen Parteien im Wortlaut gleich ist, unterzeichnet und diese dem BVL übermittelt. Das BVL unterrichtet alle Parteien, sobald die Vereinbarung von allen Parteien unterzeichnet worden ist.

(2) Die Vereinbarung ist befristet bis zum 31. Dezember 2015.

(3) Änderungen dieser Vereinbarung erfolgen einstimmig und bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. Dies gilt auch für einen eventuellen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden gelten als nicht getroffen.

**Bundesrepublik Deutschland**  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Berlin, den

---

Land **Baden-Württemberg**  
Ministerium für Ländlichen Raum und  
Verbraucherschutz

Stuttgart, den

---

Freistaat **Bayern**  
Bayerisches Staatsministerium für Umwelt  
und Gesundheit

München, den

---

Land **Berlin**  
Senatsverwaltung für Justiz und  
Verbraucherschutz

Berlin, den

---

Land **Berlin**  
Senatsverwaltung für Gesundheit und  
Soziales

Berlin, den

---

Land **Brandenburg**  
Ministerium für Umwelt, Gesundheit und  
Verbraucherschutz

Potsdam, den

---

Freie Hansestadt **Bremen**  
Senator für Gesundheit

Bremen, den

---

Freie und Hansestadt **Hamburg**  
Behörde für Gesundheit und  
Verbraucherschutz

Hamburg, den

---

Land **Hessen**  
Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Wiesbaden, den

---

Land **Mecklenburg-Vorpommern**  
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und  
Verbraucherschutz

Schwerin, den

---

Land **Niedersachsen**  
Niedersächsisches Ministerium für Ernäh-  
rung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Hannover, den

---

Land **Nordrhein-Westfalen**  
Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Land-  
wirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Düsseldorf, den

---

Land **Rheinland-Pfalz**  
Ministerium der Justiz und für  
Verbraucherschutz

Mainz, den

---

Land **Saarland**  
Ministerium für Umwelt und  
Verbraucherschutz

Saarbrücken, den

---

Freistaat **Sachsen**  
Sächsisches Staatsministerium für Soziales  
und Verbraucherschutz

Dresden, den

---

Land **Sachsen-Anhalt**  
Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt

Magdeburg, den

---

Land **Sachsen-Anhalt**  
Ministerium für Arbeit und Soziales

Magdeburg, den

---

Land **Schleswig-Holstein**  
Ministerium für Energiewende, Landwirt-  
schaft, Umwelt und ländliche Räume

Kiel, den

---

Freistaat **Thüringen**  
Thüringer Ministerium für Soziales, Familie  
und Gesundheit

Erfurt, den

---

Freistaat **Thüringen**  
Thüringer Ministerium für Landwirtschaft,  
Forsten, Umwelt und Naturschutz

Erfurt, den

---